

Montag (Nachmittag), 11. Juni 2018

Finanzdirektion

79 2017.RRGR.669 Motion 244-2017 SP-JUSO-PSA (Näf, Muri) «Paradise Papers» – Berner Steuerverwaltung wird aktiv! Richtlinienmotion

Präsident. Wir gehen weiter in der Traktandenliste: Traktandum 79, ««Paradise Papers» – Berner Steuerverwaltung wird aktiv!». Es handelt sich um eine Richtlinienmotion. Ich gebe das Wort dem Motionär, Grossrat Näf.

Roland Näf, Muri (SP). Wir kommen zu den «Paradise Papers». Ich glaube, es hat keinen Sinn, und ich habe auch nicht die Zeit, noch einmal zu erklären, worum es sich dabei handelt. 2016 waren die «Paradise Papers» in den Medien ein Thema. Bundesrat Ueli Maurer sagte damals, es sei ein Medien-Hype. Spannend ist, zu schauen, wie es zwei Jahre später aussah. Stillschweigend hat man eine neue Gesetzesvorlage ausgearbeitet, und zwar in Bezug auf das Bundesgesetz über die Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung (Geldwäschereigesetz, GwG). Man hat also realisiert, dass es nicht nur ein Medien-Hype war, sondern dass es dabei um mehr geht, nämlich um Geldwäscherei und um Steuerbetrug. Zu erläutern, wie eine solche Geld-Waschmaschine funktioniert, überlasse ich meiner Kollegin, der SP-Fraktionssprecherin. Sie wird dies erläutern.

Ich möchte einfach mal schauen, was eigentlich die Forderung dieser Motion war. Sie war so formuliert: überprüfen von Firmen und Personen. Spannend ist, wenn Sie die Antwort des Regierungsrats lesen; er schreibt dort, der Motionär – also ich – fordere dort die Überprüfung von Personen. Von Firmen ist dort plötzlich nicht mehr die Rede. Vielleicht kann mir dann die Finanzdirektorin noch erklären, weshalb die Firmen plötzlich verschwunden sind.

Jetzt, was hat die Berner Steuerverwaltung gemacht? Sie hat drei Personen geprüft – drei Personen bei 2,6 Terabyte Daten. Jene, die auch nur etwas von Informatik verstehen, können sich wohl auch nicht vorstellen, wie viele Daten das sind. Und wenn man nachher noch sieht, wie viele Dokumente – es geht um mehr als 1 Mio. Dokumente. Wenn wir diese alle fleissig lesen würden, kämen wir auch bis zur Pensionierung nicht durch. Es ist eine irrsinnige Menge. Jetzt ist einfach die Frage... *(Der Redner fragt den Präsidenten aufgrund des blinkenden Lämpchens, ob seine Redezeit bereits überschritten sei, was der Präsident bejaht.)* Nun gut. Jetzt stellt sich effektiv die Frage, weshalb die Berner Steuerverwaltung nicht mehr unternehmen will. Das ist meine grosse Frage an die Finanzdirektorin: Warum will man nicht genauer hinschauen? Hat man zu wenig Geld für Angestellte? Oder will man das im Sinne eines Standortvorteils nicht anschauen? Ich bin einfach gespannt auf die Antwort. Sie alle bitte ich wirklich, helfen Sie mit, damit man nicht nur bei Sozialhilfebezüglern bei einem BMW hinschaut, sondern vielleicht auch bei einer Yacht.

Präsident. Gibt es Fraktionssprecher? Ja, es gibt Fraktionssprecher. Für die SP-JUSO-PSA-Fraktion erteile ich Grossrätin Zybach das Wort.

Ursula Zybach, Spiez (SP). Im «Bund», im «Tages-Anzeiger» und auch in der «SonntagsZeitung» war im April 2016 klar geworden, was diese Briefkastenfirmen tun. Diese Zeitungen hatten breit darüber berichtet. Ein kleines Beispiel ist, wie via eine Zürcher Anwaltskanzlei Vermögenswerte von 800 000 Mio. Dollar verschoben wurden. Die Bankenaufsicht hat sie wegen schwerer Verstösse gegen das GwG verurteilt. Die Anwälte selbst aber hatten Scheindirektoren und damit ihre Sorgfaltspflicht nicht verletzt. Wenn man Gelder verstecken will, sucht man sich einen Anwalt. Er konstruiert komplizierte Gebilde, wie verschachtelte Besitzverhältnisse. Die Anwälte sind nicht verpflichtet, nachzuprüfen, aus welchen Quellen die Gelder stammen, geschweige denn, ob die Gelder versteuert werden.

Bei der vorliegenden Motion geht es nicht darum, herauszufinden, aus welchen Quellen die Gelder stammen, sondern es geht darum, aufzuklären, dass sie korrekt versteuert werden. Wie sollen Gelder von Besitzern, die ihr Vermögen zu verschleiern versuchen, denn eigentlich versteuert werden? Wie Sie vorhin gehört haben, geht es um 2,6 Terabyte Akten, 13,4 Mio. Dokumente von Briefkastenfirmaen, Stroh Männern und Zombies. Laut den Recherchen gibt es in der Schweiz 2363 Verbindungen zu Firmen und Personen. 2363! Mir scheint, der Kanton Bern sei ein grosser Kanton, aber in der Antwort der Regierung heisst es, sie hätten *drei* Personen angeschaut. Vielleicht sind wir doch nicht so gross, wie wir meinen. Nach der Lektüre der Antwort der Regierung bin ich jedenfalls nicht sicher, ob der Motionär und die Regierung vom selben Thema sprechen. Aus der Antwort wird aber klar, dass sich die Steuerverwaltung nicht dafür einsetzen möchte, alles zu unternehmen, damit der Kanton Bern zu den ihm rechtmässig zustehenden Steuereinnahmen kommt. Es handelt sich um grosse Beiträge. Detektivarbeit lohnt sich hier.

Die SP-JUSO-PSA-Fraktion erwartet, dass man hier hinschaut, für Gleichbehandlung sorgt und von den Firmen und Privatpersonen aus den «Paradise Papers» dasselbe fordert, wie bei all jenen, die ihr sauer erspartes Geld auf einem Bankkonto haben und es jährlich bis zum letzten Rappen korrekt versteuern müssen.

Peter Gerber, Schüpfen (BDP). Es ist völlig klar: Steuerhinterziehung werden wir alle zusammen miteinander bekämpfen. Hier geht es aber nicht um Steuerhinterziehung, sondern um den Prozess der Überprüfung bei Verdachtsmomenten. Schon bei den «Panama Papers» war die Steuerverwaltung aktiv geworden. Unsere Steuerverwaltung hatte bekanntlich drei Personen vertieft überprüft. Bei den «Paradise Papers» hat sie die genannten Dossiers ebenfalls bearbeitet. Lassen wir unsere Steuerverwaltung doch einfach arbeiten und auch nur dort Berichte zu erstellen, wo es notwendig ist. Die BDP stimmt einstimmig wie der Regierungsrat: Ziffer 1 Annahme und gleichzeitig Abschreibung. Ziffer 2 Ablehnung.

Barbara Streit-Stettler, Bern (EVP). Wir werden auch so abstimmen, wie der Regierungsrat vorschlägt. Damit wollen wir signalisieren, dass wir der Berner Steuerverwaltung grundsätzlich vertrauen. Wir nehmen dem Regierungsrat ab, dass die Steuerverwaltung den aufgrund der «Panama Papers» und der «Paradise Papers» erhaltenen Hinweisen seriös nachgegangen ist.

Das heisst aber nicht, dass wir das Grundanliegen der Motion nicht unterstützen. Diese legt den Fokus auf die Steuerverwaltung des Kantons Bern. Aber eigentlich haben wir ja ein Problem, das mit einer Gesetzesänderung auf Bundesebene gelöst werden müsste. Derzeit läuft die Vernehmlassung für ein neues GwG, das solche Lücken schliessen soll. Wenn die Steuerverwaltung im Moment nur sehr wenige Personen im Kanton Bern überprüfen muss, heisst das nicht, dass die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler aus dem Kanton Bern besonders seriös und brav sind. Höchstwahrscheinlich liegt es daran, dass das bisherige GwG zu wenig Biss hatte und viele der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die Geld ins Ausland verschieben, im Moment noch durchschlüpfen können. Wir erwarten vom Regierungsrat, dass er sich in seiner Vernehmlassungsantwort, die er zuhänden des Bundes verfassen wird, für das neue GwG einsetzt und so mithilft, diese Gesetzeslücke zu eliminieren. Das hälfe dann wiederum dem Kanton Bern, denn ihm geht sehr viel Steuersubstrat verloren. Das ist sicher nicht im Sinn der EVP und sicher auch nicht im Sinn des Kantons Bern.

Luca Alberucci, Ostermundigen (glp). Auch die glp-Fraktion ist selbstverständlich für die Bekämpfung jeder Form von Steuerhinterziehung und Steuerbetrug. Grundsätzlich haben wir Vertrauen, dass unsere Steuerbehörden das auch angemessen tun. Wir sind der Meinung, dass alle so viel Steuern bezahlen sollen, wie sie müssen – dafür dann vielleicht einmal etwas weniger.

Die Antwort des Regierungsrats ist für uns überzeugend und stimmig. Wir werden dem Regierungsrat folgen. Allerdings sind wir davon ausgegangen, dass der Ausdruck «Personen» in der Antwort sowohl für natürliche als auch für juristische Personen gilt. Offensichtlich sind die Motionäre anderer Meinung. Deshalb bitten wir die Frau Regierungsrätin, das klarzustellen. Wenn mit «Personen» nur natürliche Personen gemeint wären, würde sich die Fraktion wahrscheinlich aufspalten.

Raphael Lanz, Thun (SVP). Auch die SVP-Fraktion ist für korrekte Steuerveranlagungsverfahren. Auch wir sind der Meinung, man müsse Verdachtsmomenten nachgehen. Wir wollen nicht, dass die einen beschissen und sie deswegen die Steuern, die sie bezahlen müssten, eben nicht entrichten. Wenn wir die Antwort des Regierungsrats lesen, kommen wir zur Überzeugung, dass die Steuerverwaltung genau das getan hat. Dort, wo sie einen Bezug zum Kanton Bern sah, ging sie dem

nach. Die Steuerverwaltung hat das geprüft. Das entspricht dem, was wir auch von der Steuerverwaltung erwarten. So hat man gehandelt, weshalb wir der Auffassung sind, dass man dem Antrag des Regierungsrats folgen und Ziffer 1 annehmen und abschreiben sowie Ziffer 2 ablehnen kann.

Adrian Haas, Bern (FDP). Roland Näf und die SP hatten jetzt einmal Pech, denn es kam nichts heraus. Dazu müsste man eigentlich stehen. Man kann aber auch die Hintertür nehmen und noch die Steuerverwaltung dafür kritisieren, dass sie nichts herausgefunden hat, so wie es Frau Zybach getan hat. Das halte ich für etwas billig.

Die FDP steht hinter der Steuerverwaltung. Sie macht einen sauberen Job. Dass hier nicht viel herausgekommen ist, ist nicht das Problem der Steuerverwaltung. Eigentlich ist es überhaupt kein Problem, sondern es ist eine Tatsache, dass der Kanton Bern von dieser Übung halt nur wenig betroffen ist. Lassen Sie uns das zur Kenntnis nehmen und der Regierung folgen.

Natalie Imboden, Bern (Grüne). Alle Vorrednerinnen und Vorredner haben erklärt, sie seien gegen Geldwäscherei und klar gegen Steuerhinterziehung. Die grüne Fraktion ist dies klar auch. Die Frage ist nur, ob man den Worten auch Taten folgen lässt. Mein Vorredner hat gesagt, man habe nur drei «erwischt» oder gefunden, die man überprüfen wolle. Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn man drei Personen – wir wissen ja nicht, ob es Firmen oder Personen sind –, also sage ich jetzt mal drei Steuersubjekte mit Problemen identifiziert hat, bereitet mir das schon Sorgen genug. Dass der Kanton Bern wahrscheinlich nicht der Kanton ist, der am allermeisten solche Steuersubjekte hat, haben wir schon gewusst. Aber jeder ist einer zu viel. Ich bin auch froh, dass die Steuerverwaltung das nun kontrolliert hat.

Warum ist die grüne Fraktion trotzdem der Meinung, man könne das jetzt nicht einfach ad acta legen. Sie unterstützt deshalb sowohl Ziffer 1 als auch Ziffer 2. Wie die Motion ganz klar fordert, will man, dass auch die FiKo über die Ergebnisse informiert wird. Selbst wenn es jetzt so ist – ich will nichts unterstellen –, dass man die drei jetzt untersucht und dabei nichts herausgefunden hat, wäre ich froh, wenn man die FiKo informieren könnte: Was waren das für Fälle? Weshalb hat man nichts gefunden? Warum waren sie denn im Bericht erwähnt? Auch das ist Teil der Transparenz, um das Vertrauen in die Aufgabe der Finanzverwaltung und der Steuerverwaltung zu stärken, dass man das auch transparent kommuniziert. Ohne den Vorstoss hätte man das hier ja wahrscheinlich nicht der Öffentlichkeit mitteilen können. Die grüne Fraktion ist deshalb der Meinung, man solle beides als Motion überweisen.

Noch ein Satz: Das GwG ist jetzt in der Vernehmlassung, und wir hoffen, dass sich der Kanton Bern dann für Verschärfungen in diesem Gesetz einsetzen wird. Wir werden die Vernehmlassungsantwort des Kantons Bern jedenfalls genau lesen und hoffen, dass man hier eine Verbesserung unterstützt.

Samuel Kullmann, Hilterfingen (EDU). Wir sind dankbar, dass Roland Näf das Thema in Form dieses Vorstosses aufgegriffen hat. Es hatte zuvor auch einmal eine Interpellation dazu gegeben. Es ist wichtig, dass man darüber spricht. Es sind nicht nur die «Paradise Papers». Ein, zwei Jahre zuvor waren die «Panama Papers» in den Medien, in Deutschland war der Cum-Ex-Steuerskandal in den Medien. Viele Milliarden waren dem Steuerzahler abhandengekommen wegen sehr, sehr dreckiger Geschäfte, die laufen. Wenn man auch etwas schaut, was im globalen Finanzsystem geschieht und dort teils gang und gäbe ist, kann es einen schon schaudern. Deshalb ist es wichtig, dass das Thema aufs Tapet gekommen ist.

Als wir die Antwort der Regierung gelesen haben, waren wir zuerst erleichtert, dass es im Kanton Bern anscheinend so wenige Fälle gibt. Sollte es wirklich so sein, wäre das natürlich erfreulich. Es sind hier aber noch ein paar gute Fragen gestellt worden. Wir werden den Ausführungen der Finanzdirektorin deshalb sicher gut zuhören. Die EDU-Fraktion tendiert aber eher dazu, mehrheitlich wie die Regierung abzustimmen.

Präsident. Ich gebe der Finanzdirektorin das Wort.

Beatrice Simon, Finanzdirektorin. Ich kann Ihnen versichern: Der Regierungsrat ist fest entschlossen, jede Art von Steuerhinterziehung zu bekämpfen. Bereits heute bestehen für die kantonale Steuerverwaltung genügend gesetzliche Grundlagen und Möglichkeiten, um tätig zu werden, wenn es nötig ist. Wir haben diese Instrumente also. Wenn Verdachtsmomente auftauchen und die Steuerverwaltung Kenntnis davon hat, sei es aus Medienberichten oder aus anderen Quellen, wird sie von sich aus aktiv. Dazu braucht es definitiv keinen Vorstoss.

Im Zusammenhang mit den «Panama Papers» und auch den «Paradise Papers» sind je drei Personen mit einem Bezug zum Kanton Bern bekannt geworden. Zu der zuvor gestellten Frage: Diese Personen sind im Bereich der natürlichen und juristischen Personen, es ist also das Total aus beiden Bereichen. Die Steuerverwaltung hat die Veranlagung dieser Personen bereits überprüft und dabei absolut keine Hinweise auf Unregelmässigkeiten gefunden. Bei Bekanntwerden weiterer Personen würden wir das selbstverständlich sofort überprüfen; das tun wir schon allein von Amtes wegen. Dazu braucht es keinen weiteren Anstoss aus dem Parlament. Wir haben das Gefühl, Ziffer 1 sei eigentlich erfüllt und schlagen Annahme und gleichzeitig auch Abschreibung der Motion vor.

Die Motionäre fordern aber zusätzlich noch einen Bericht, der zuhanden der FiKo zu erstellen und ihr zu präsentieren sei. Aber liebe Grossrätinnen und Grossräte, die Untersuchungsergebnisse sind jetzt bereits bekannt. Und es hat keinen Hinweis auf Unregelmässigkeiten gegeben. Was sollen wir in diesem Bericht denn noch festhalten? Die Verwaltung hat definitiv wichtigere Aufgaben zu erfüllen, als Berichte zu verfassen, deren Inhalte und Resultat man bereits kennt. Einfach noch Papier zu beschreiben, das tun wir nicht. Deshalb schlagen wir seitens der Regierung vor, Ziffer 2 abzulehnen. Ich bin dankbar, wenn Sie das auch tun. Wir sprechen ja immer wieder davon, dass die Verwaltung teilweise entlastet werden können sollte. Ein solcher Bericht wäre definitiv keine Entlastung.

Präsident. Wir kommen zur Abstimmung, bei der wir punktweise vorgehen. Wer Punkt 1 dieser Motion annimmt, stimmt Ja, wer diesen ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Ziff. 1)

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja	147
Nein	3
Enthalten	0

Präsident. Sie haben Punkt 1 dieser Motion mit 147 Ja- bei 3 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Wir kommen zur Abschreibung von Punkt 1. Wer diesen abschreibt, stimmt Ja, wer die Abschreibung ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Ziff. 1; Abschreibung)

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja	95
Nein	53
Enthalten	1

Präsident. Sie haben Punkt 1 abgeschrieben mit 95 Ja- bei 53 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung. Wir kommen zu Punkt 2. Wer diesen annimmt, stimmt Ja, wer diesen ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Ziff. 2)

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja	53
Nein	97
Enthalten	0

Präsident. Sie haben Punkt 2 mit 97 Nein- bei 53 Ja-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.